

Bern

«Als Zweitwohnungsbesitzer sollte man Nein stimmen»

Abschaffung des Eigenmietwerts Nach der Steuer ist vor der Steuer: Berner Berggemeinden mit vielen Zweitwohnungen suchen nach Wegen, ihre drohenden Steuerausfälle zu kompensieren.

Carlo Senn

Grindelwald ist ein touristisches Zentrum in der Jungfrauregion. Hier am Fusse des Eiger auf 1000 Meter über Meer befindet sich alles, was das touristische Herz begehrt: eine Einkaufsmeile, Cafés, eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Das grosse Skigebiet Grindelwald-Wengen mit der V-Bahn der Jungfrauabahn sowie der First- und der Pfingsteggbahn sorgt für zahlreiche Tagessgäste.

Die Chalets, die sich im und um das Dorf befinden, sind jedoch mehrheitlich nicht das ganze Jahr bewohnt. Über 63 Prozent sind Zweitwohnungen, bewohnt von «Auswärtigen». Das ist auch im schweizerischen Vergleich ein sehr hoher Anteil. An diesen Zweitwohnungen hat sich ein Konflikt entzündet.

Denn hier in den Bergen wären die Auswirkungen der Abschaffung des Eigenmietwerts, respektive der Einführung der Objektsteuer, am stärksten. Über die Vorlage stimmt die Schweizer Bevölkerung am 28. September ab. Die Berggemeinden befürchten bei Annahme der Vorlage tiefere Einnahmen, eine langwierige Einführung einer neuen Steuer – und weniger Aufträge für das Baugewerbe in der Region.

Grindelwald: Die Objektsteuer soll es richten

Anruf bei Beat Bucher (parteilos), Gemeindepräsident von Grindelwald. Aufgrund der fehlenden Daten könnten die drohenden Ausfälle zurzeit nicht beziffert werden, sagt er.

Gemeinden mit hohem Anteil an Zweitwohnungen hätten im Kanton Bern mit Steuerausfällen von bis zu 3 Prozent zu rechnen, heisst es beim Kanton. 50 Millionen dürften insgesamt bei den Berner Gemeinden wegfallen, 100 Millionen zusätzlich bei den Kantonssteuern. Auf Kantonsebene sollen die Steuern aber nicht erhöht, sondern weiter gesenkt werden.

Anders in Grindelwald: Allenfalls müsste der drohende Steuerausfall mit der Einführung einer Objektsteuer kompensiert werden. Nach der Steuer ist vor der Steuer, sozusagen. Das Argument von Bucher: «Die Zweitwohnungsbesitzer nutzen die Infrastruktur, sie müssen also auch ihren Beitrag leisten», sagt er. So muss generell die ganze Infrastruktur (Wasser, Abwasser, Abfall, Strassen, Schneeräumung usw.) insbesondere in Spitzenzeiten auf die vielen zusätzlichen Bewohnenden ausgerichtet sein.

Adelboden: Langwierige Einführung befürchtet

In Adelboden gibt es zumindest Schätzungen über die Mindereinnahmen. «Wir rechnen mit Einbussen von bis zu 300'000 Franken», sagt Willy Schranz (EDU), Gemeinderatspräsident von Adelboden. Bei einer Einwohnerzahl von rund 3500 Personen fällt das ins Gewicht. 400'000 Franken würden einem Steuerzehntel entsprechen. Im Chaletdorf rüstet man sich



Blick auf Grindelwald: Wegen der vielen Zweitwohnungen könnten bei Abschaffung des Eigenmietwerts wichtige Steuereinnahmen wegfallen. Fotos: Bruno Petroni

deshalb für die Einführung einer neuen Steuer.

Dafür muss jedoch noch einiges passieren: Sollte die Stimmbewölkerung der Vorlage zustimmen, müsste der Kanton aktiv werden und die Objektsteuer überhaupt ermöglichen. Für die Einführung der Objektsteuer auf Gemeindeebene muss der Kanton also die gesetzlichen Grundlagen schaffen. Ob er das überhaupt je tut, ist unklar. Der Kanton werde dies zumindest «prüfen», heisst es dort.

Wäre die Grundlage dann da, müsste auch die Gemeinde noch über die Objektsteuer abstimmen. Bis dahin dürften wohl ein paar Jahre vergehen. «Wir befürchten, dass wir in den ersten Jahren noch mit Steuerausfällen rechnen müssen», sagt Schranz.

Adelboden prüft deshalb eine Abkürzung mithilfe eines bestehenden Gesetzesartikels: eine Einführung einer Zweitwoh-

nungssteuer. Diese ist im Steuergesetz des Kantons in Artikel 265a festgeschrieben, es gibt jedoch bisher noch keine Gemeinde in Bern, die sie eingeführt hat. Aus Sicht des Kantons wäre dies möglich, dann sind die Einnahmen jedoch nicht frei einsetzbar, sondern zweckgebunden.

Vorgesehen sind die Steuergelder dann für die Sicherstellung eines ausgewogenen Verhältnisses von Erst- und Zweitwohnungen, die Förderung der Hotellerie und die bessere Auslastung von Zweitwohnungen.

Saanen: Weniger Aufträge für lokale Wirtschaft?

Auch die Gemeinde Saanen kann die Ausfälle nicht beziffern. Zu der Gemeinde gehört auch Gstaad, in diesem Ort stehen viele teure Chalets. Die Gemeindepräsidentin ist wenig begeistert von der Vorlage: «Die vorge-

schlagene Objektsteuer vermag nicht vollständig zu überzeugen», schreibt die Gemeindepräsidentin Petra Schläppi (SVP) auf Anfrage.

Schläppi hat ähnliche Bedenken wie die Adelbodner und die Grindelwälder. Die Gemeindepräsidentin bringt jedoch noch ein weiteres Argument gegen die Abschaffung des Eigenmietwerts ins Spiel: die Baubranche.

Auch den anderen Gemeinden der Region macht dieser Aspekt Sorgen. Denn gleichzeitig mit der Abschaffung des Eigenmietwerts fallen die Abzüge weg, welche Eigenheimbesitzer aktuell von ihren Steuern abziehen können. «Damit entfällt ein wesentlicher Anreiz, Liegenschaften instand zu halten», so Schläppi. «Dies hätte einschneidende Folgen für das Baugewerbe», schreibt die Gemeindepräsidentin. «Welche Auswirkungen dies letztlich auf

die regionale Wirtschaft hätte, ist ungewiss.»

Das sagt der Zweitwohnungsbesitzer

Bei den Zweitwohnungsbesitzern in Grindelwald seien die Meinungen gespalten, sagt Rémy Gröflin, Präsident des Vereins der auswärtigen Chalet- und Wohnungsbesitzer Grindelwald. Sein Hauptwohnsitz liegt in Basel-Landschaft, im Bergdorf besitzt er eine Wohnung in Grindelwald Grund. Eine offizielle Parole hat sein Verein nicht gefasst. Einige befürworten die Vorlage, weil sie als Liegenschaftsbesitzer profitieren können.

«Ich persönlich lehne die Vorlage klar ab», sagt er. «Wir können aktuell nicht einschätzen, wie eine allfällige Objektsteuer ausgestaltet wird.» Tatsächlich wartet auch der Kanton wie erwähnt zunächst die Abstimmung ab, bevor er aktiv eine Einführung prüft.

Zudem sei die steuerliche Unterscheidung von Wohnungen «nicht fair». Im Worst Case sei die neue Objektsteuer «sogar höher» als die aktuelle Belastung durch die Abgaben über den Eigenmietwert, und es können keine Abzüge mehr gemacht werden.

Gröflin bestreitet, dass die Zweitwohnungsbesitzer die Infrastruktur belasten: «Die grossen Ausgaben einer Gemeinde sind soziale Wohlfahrt und Schulen.» Es bestehe die Gefahr, dass die Zweitwohnungsbesitzer «gemolken werden». Bei einer Abstimmung in der Gemeinde habe man nichts zu melden, weil man nicht stimmberechtigt sei.

Seine Argumente fasst Gröflin so zusammen: «Als Besitzer einer normalen Liegenschaft muss man Ja stimmen, als Zweitwohnungsbesitzer sollte man Nein stimmen.»

Bieler Kunstraum erhält Kulturpreis des Kantons Bern

Drei Projekte ausgezeichnet Der Kulturpreis des Kantons Bern geht dieses Jahr an Lokal-int, ein Raum für zeitgenössische bildende Kunst und Experimente in Biel. Lokal-int wurde 2006 gegründet. Aus dem kleinen Ladenlokal in Biel gehe die Strahlkraft bis weit in die Schweizer Kunstszene hinaus, begründet der Kanton die Preisvergabe. Mit dem Zweisprachigkeitspreis «Prix du bilinguisme dans la culture» zeichnet der Kanton Bern das Künstlerkollektiv «Bern ist überall» aus. Es setzt sich aus Autorinnen und Autoren sowie Musikschaffenden aus verschiedenen Landesteilen zusammen. Die Texte werden dementsprechend in verschiedenen Sprachen zur Aufführung gebracht. Der neu geschaffene Preis, die «Médaille mitenand – ensemble», geht an Tabula Musica, das sich dafür einsetzt, Musik und Kultur für alle, auch für Menschen mit Beeinträchtigungen, zugänglich zu machen. (SDA)

40-Jähriger stirbt nach Bergung aus Bielersee

Tödlicher Badeunfall Am Dienstagmittag ist es in Sutz zu einem Badeunfall gekommen. Kurz nach 15 Uhr erreichte die Polizei eine Meldung über eine leblose Person im Bielersee in Sutz. Es ist noch unklar, wie der Schwimmer in eine Notlage geriet. Anwesende Personen zogen den Mann bei der Badewiese Von Rütte-Gut aus dem Wasser und begannen unverzüglich mit Erste-Hilfe-Massnahmen, die von den eingetroffenen Rettungskräften fortgeführt wurden. Trotz aller Bemühungen verstarb der 40-jährige Schweizer aus dem Kanton Bern kurze Zeit später im Spital. Nebst der Gewässerpolizei der Kantonspolizei Bern standen eine Ambulanz, sowie ein Helikopter der Rega im Einsatz. Die Seestrasse musste für die Landung und den Start der Rega für eine kurze Dauer gesperrt werden. (SDA)

Falsche Polizei-Mails verlangen Bussgeld

Betrugswarnung Im Kanton Bern sind derzeit betrügerische E-Mails im Umlauf, mit denen im angeblichen Namen der Berner Kantonspolizei Bussgeldandrohungen ausgesprochen werden. Die E-Mails stammten von Cyberkriminellen, warnt die richtige Polizei. Die Mails täuschten offene Bussgeldforderungen vor und forderten die Empfängerinnen und Empfänger auf, eine externe Webseite zu besuchen. Dort soll die angebliche Forderung per Kreditkarte bezahlt werden, beschreibt die Berner Kantonspolizei in einer Mitteilung vom Mittwoch das Vorgehen der Betrüger. Die Mails wurden mit einem englischsprachigen Betreff, auf Deutsch und Französisch sowie mit einem Logo der Kantonspolizei Wallis versandt. Die Betrüger wollen die Kreditkarten ihrer Opfer abgreifen. Die Berner Kantonspolizei versendet keine Zahlungsaufforderungen für Bussen per Mail oder SMS. (SDA)



Beat Bucher
Gemeindepresident
Grindelwald



Willy Schranz
Gemeindepresident
Adelboden



Petra Schläppi
Gemeindepresidentin
Saanen

«Die Zweitwohnungsbesitzer nutzen die Infrastruktur, sie müssen also auch ihren Beitrag leisten.»

«Wir befürchten, dass wir in den ersten Jahren noch mit Steuerausfällen rechnen müssen.»

«Damit entfällt ein wesentlicher Anreiz, Liegenschaften instand zu halten.»